

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dollar 3,3 Millionen.

Phantastiekurse am Devisenmarkt.

Die Haufe am Devisenmarkt hielt sich auch heute weiter fest, doch verhalten sich die Banken oder jedenfalls die Mehrzahl der Banken im freien Verkehr völlig passiv. Die Kurse des Freiverkehrs waren nur gesprochen, und der Verkehr spielte sich fast ausschließlich zu den amtlichen Kursen ab. Diese mußten allerdings, da die Nachfrage ununterbrochen anhält, und so gut wie gar kein Material an den Markt kommt, stark heraufgeschoben werden.

Es wurde amtlich notiert: New York 3 300 000, bei 7prozentiger Zuteilung, England 15 000 000 bei ebenfalls 7prozentiger Zuteilung, und Holland bei 5 prozentiger Zuteilung mit 1 300 000.

Die Haltung des Effektenmarktes war dementsprechend fest. Die Versteigerung am Geldmarkt dauert an. Für tägliches Geld wurden heute 2 1/2 bis 3 Proz. bezahlt.

Von zuverlässiger Seite will die „Eco“ erfahren haben, daß die Aufhebung der Devisenordnung vom 23. Juni nur den ersten Schritt im Rahmen eines von der Reichsregierung geplanten Programms darstellt, nach dem die gesamten Einnahmen des Reiches (Steuern, Eisenbahnen, Post usw.), die heute noch nicht, wie die Zölle, weribeständig erhoben werden, in weribeständige Einnahmen umgewandelt werden.

Die Reichsregierung wird sodann auch alle diejenigen Notmaßnahmen, die erlassen worden sind, um den Kurs der Mark zu stützen, aufheben. Sie beabsichtigt auch, die unter dem 15. Mai d. J. erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung, Anmelde- und Ausstufungsrichtlinien über Devisenbestände der Banken, zu beseitigen. Sie geht dabei von der Ermüdung aus, daß es mit der bloßen Aufhebung des Einheitskurses nicht getan ist, da diese Dinge ein organisches Ganzes bilden, und daß eine Wirkung nur erzielt werden kann, wenn die Maßnahmen einheitlich durchgeführt werden. Den Ausgangspunkt für das geplante Programm soll dabei die Tatsache bilden, daß durch die weribeständige Anleihe, deren Zins- und Rückzahlung von dem gesamten Kapitalbesitz (Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft usw.) garantiert wird, ein Anlage- und Zahlungsmittel geschaffen wird, das für den Anlaufsverkehr die Anschaffung fremder Devisen als Sicherung für Substanzverlust erübrigt.

Devisenkurse.

	7. August		6. August	
	Käufer- (Recht-) Kurs	Verkäufer- (Recht-) Kurs	Käufer- (Recht-) Kurs	Verkäufer- (Recht-) Kurs
1 holländische Gulden	1296750.-	1308250.-	643387.50	646612.50
1 argentin. Papier-Peso	1047375.-	1052625.-	545625.-	551375.-
1 belgischer Franc	146625.-	150375.-	78810.-	76190.-
1 norwegische Krone	526870.-	531825.-	268840.-	264680.-
1 dänische Krone	598500.-	601500.-	297255.-	298745.-
1 schwedische Krone	872812.50	877187.50	434910.-	437090.-
1 finnische Mark	90772.-	91228.-	45386.-	45614.-
1 japanischer Yen	—	—	798600.-	802000.-
1 italienische Lire	141645.-	142355.-	70827.50	71177.50
1 brit. Sterling	14 96250.-	15 03750.-	7487250.-	7518750.-
1 Dollar	3291750.-	3308250.-	1645875.-	1654125.-
1 französischer Franc	189525.-	190475.-	95760.-	96240.-
1 brasilianischer Milreis	—	—	165585.-	164415.-
1 Schweizer Franc	592515.-	595485.-	299265.-	294785.-
1 spanische Peseta	462840.-	465160.-	230422.-	231577.50
100 österr. Kronen (gest.)	—	—	2344.-	2356.-
1 tschechische Krone	—	—	49875.-	50125.-
1 ungarische Krone	—	—	95.76	96.24
1 bulgarische Leva	—	—	15062.-	15183.-
1 jugoslawischer Dinar	—	—	17336.60	17443.50

Italiens Antwort an England.

Rom, 7. August. (Eco.) Die italienische Antwort auf die englischen Notizen hält sich an dem von der italienischen Regierung anlässlich der Londoner Konferenz im Dezember 1922 und bei den späteren Verhandlungen über die Reparationsfrage dargelegten Standpunkt. Die damals von Mussolini gemachten Erklärungen über die beiden großen Fragen der interalliierten Schulden und der produktiven Pfänder in Verbindung mit der Höhe der Reparationszahlungen bilden nach Ansicht der italienischen Regierung die Grundlage jeder befriedigenden und praktisch möglichen Lösung. Die italienische Regierung hält an ihrem Gesichtspunkt fest und hätte vorgezogen, mit den Alliierten über deren praktische Beteiligungen zu verhandeln. Angesichts der englischen Initiative seien die unterbreiteten Vorschläge einer aufmerksamen Prüfung unterzogen worden. Die italienische Regierung möchte zugleich den Wunsch ausdrücken, daß sofort konkrete Schritte

eingeleitet werden. Die italienische Regierung stimmt im allgemeinen mit ihrer Antwort den Bestrebungen der englischen Regierung zur Entspannung der europäischen Lage zu. Sie bestätigt ihre Haltung, die bei früheren Gelegenheiten klar zutage getreten ist, und hebt den Wert der Vorschläge ihres Londoner Memorandums, namentlich hinsichtlich der Garantien und Pfänder hervor. Sie bestätigt daher den Wunsch der italienischen Regierung,

auf Grund der Schritte der englischen Regierung an der Herbeiführung einer raschen und befriedigenden Einigung mitzuwirken. Dann geht die Note zur Angabe der italienischen Gesichtspunkte in der Reparationsfrage über, die wie folgt zusammengefaßt werden

können: Zusammenlegung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Schulden, Mitverantwortlichkeit Deutschlands an der Reparationsfrage der kleinen Staaten, Frage der Reparationen in natura, Frage der Wiederherstellungskosten der zerstörten Gebiete. Italien ist der Ansicht, daß die allgemeine und endgültige Regelung der Reparationsfrage jene der Kriegsschulden einbeziehen müßte, wie dies die italienische Regierung wiederholt und öffentlich erklärt hat. Italien hält ferner an seinem eigenen Reparations- und Pfänderobjekt fest.

In der Frage der Befreiung der Ruhr und des passiven Widerstandes wiederholt die italienische Regierung die schon öfters gemachten Erklärungen. Sie sei

gegen jede militärische Befreiung wie — gegen jeden passiven Widerstand

und befürwortet im Falle einer allgemeinen Einigung einen stufenweisen Abbau der französisch-belgischen Militärbesetzung.

Coolidges Programm.

Der Rücktritt des amerikanischen Vizepräsidenten in London, Harney, wird angekündigt und darauf zurückgeführt, daß Harney mit Harding engbefreundet war, mit Coolidge aber nicht. Die politischen Richtlinien des neuen Präsidenten sind nach dem „United Press“:

1. Nichtbeteiligung am Völkerbund. 2. Anschluß an den Haager Schiedsgerichtshof, ohne daß dies eine Anerkennung des Völkerbundes bedeutet. 3. Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden unter vernünftigen Bedingungen. 4. Nichtbeteiligung an der Ruhrfrage, außer, wenn Amerika von den interalliierten Mächten dazu eingeladen würde. 5. Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Mexiko. 6. Genaue Durchführung des Alkoholverbotes mit dem Vorbehalt, daß den ausländischen Schiffen erlaubt ist, in den amerikanischen Territorialgewässern Alkoholoräte an Bord zu führen.

Der britische Außenminister, Lord Curzon, reist demnächst in einen französischen Badeort; in seinem Amt erklärt man, nichts davon zu wissen, daß er bei dieser Gelegenheit mit Poinecaré zusammentreffen werde. Baldwin lehrt heute, Dienstag, nach London zurück, um einen Kabinettsrat abzuhalten. Dabei werden nach Reuters die Reparationen und die Ruhrfrage den Hauptgegenstand bilden. Lord Curzon habe während des Wochenendes in enger Verbindung mit dem Foreign Office gestanden, doch sei in der Reparationsfrage keine neue Entwicklung eingetreten. Der Entwurf der britischen Note, die an Deutschland gerichtet werden soll, und die Mantelnote an die Alliierten befänden sich gegenwärtig im Druck, der aber wahrscheinlich nicht vor Mittwoch oder Donnerstag beendet sein wird.

Französische Hoffnungen.

Paris, 7. August. (Eco.) Das Interesse der politischen Kreise konzentriert sich augenblicklich auf die französischen Versuche, mit den deutschen Grubenbesitzern und Industriellen im Ruhrgebiet und mit den dortigen Arbeitern wegen der Inbetriebsetzung der Kohlereien und Gruben zu einer Einigung zu gelangen. Die Androhung der Ausweisung einer großen Zahl deutscher Unternehmer und Arbeiter, falls diese sich weigern sollten, bei der Inbetriebsetzung mitzuarbeiten, um sie alsdann durch französische Arbeiter zu ersetzen, wird in französischen industriellen Kreisen nicht übermäßig ernst genommen, da man sich durchaus darüber klar ist, daß eine derartige Ausbeutung der Betriebe gegen den Willen der deutschen Belegschaft eine recht schwierige Sache sein dürfte. Optimisten sehen in diesen Bemühungen die Möglichkeit zur Einleitung einer

allgemeinen deutsch-französischen Aussprache.

Die Frage gewinnt gegenwärtig dadurch an Bedeutung, daß die Borräte auf den Kohlen- und Kohlenhaltigen des Ruhrgebiets stark gelichtet sind, und das Verlangen nach Kohle in der französischen Industrie sich immer gebieterischer geltend macht. Eine gewisse Ermüdung scheint die Tatsache zu bilden, daß Deutschland in der Frage der Kohlen- und Kohlenlieferungen an Italien ein gewisses Entgegenkommen gezeigt hat und damit, wie man besonders hervorhebt, ein „erstes Abkommen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie“ getroffen hat.

Zum Angestelltenstreik der Metallindustrie.

Die Funktionärversammlungen des GdA und des Gedag haben in später Nachtstunde dem Einigungsversuch zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei allen drei Organisationen, also auch beim AM-Bund, ein gleiches Resultat erzielt wird, während im anderen Falle das Ergebnis einer neuen Urabstimmung für die Fortführung oder Abbruch des Streiks entscheidend sein soll.

Die Funktionärversammlungen des AM-Bundes nimmt heute mittag 1 Uhr endgültig zu dem Vergleichsvorschlag Stellung.

Weitere Anweisungen über eine eventuelle Urabstimmung bzw. weitere Maßnahmen erfolgen durch die Zentralstreikleitung, nur deren Parolen sind zu befolgen.

Der Presseausschuss der Zentralstreikleitung: Kasper, Sattler, Wegel

Ein Jahr Faschismus.

O. L. Rom, Anfang August 1923.

Der „Hohe Rat des Faschismus“ hat einen Aufruf an die Faschisten Italiens erlassen, der vom ersten Jahr der faschistischen Aera datiert ist. Der „Hohe Rat“ ist eine aus den Würdenträgern und Vertrauensmännern der faschistischen Partei gebildete Versammlung, die unter dem Vorsitz des „Heerführers“ und gleichzeitigen Ministerpräsidenten periodisch Tagungen abhält, um Beschlüsse über die Politik des Landes und über die der Partei zu fassen. Die Bildung der Miliz und ihre Umgestaltung, die Grundzüge des neuen Wahlgesetzes, der Entwurf zur Umgestaltung der Verfassung sind zuerst von dieser Körperschaft entworfen worden, die sich selbst in ihrem heutigen Aufruf bezeichnet als das „in feinstem Sinne eigenartigste Organ, das aus der faschistischen Revolution hervorgegangen ist“. Der Aufruf zerfällt in zwei Teile. Der erste besteht in einer Verherrlichung des Erreichten, der zweite, der uns hier interessiert, weist die Wege für das, was noch zu tun bleibt. In ihm lesen wir:

„Die heutige Ohnmacht der Opposition darf die Kampfbereitschaft der Faschisten nicht abschwächen. Die Masken, die gefallen sind, enthüllen uns die Frage anderer Feinde, die sich heute endlich als solche zeigen.“

Der finstere und seltsame (imbelles) sizilianische Priester und die von ihm geführte Partei sind als Feinde der Regierung und des Faschismus zu betrachten. Dasselbe gilt vom einheitlichen Sozialismus, der sich um die alten schadhaften Homopietäten des Reformismus gruppiert. Einige Gruppen der Demokratie und des Liberalismus lassen noch nicht von ihrer formalistischen und vorerinnerten Opposition ab. Das alles ruft uns dazu auf, nicht abzurufen, sondern unermüdet zu wachen.“

Faschisten ganz Italiens! Nach neun Monaten schwerer und mühevoller Arbeit kann die faschistische Regierung mit Stolz behaupten, daß sie ihrem Programm treu geblieben ist. Der bürgerliche Kleinrieg ist beendet, die Nation arbeitet und kräftigt sich, das Ausland hat keine Illusionen und keine Zweifel mehr über die Dauerhaftigkeit der faschistischen Regierung. Die Nation marschiert entschlossen ihrer höheren Zukunft entgegen. Die Welt blickt voll Erstaunen auf uns und wird es endlich gemahnt, daß in Italien eine neue Geschichtsperiode angefangen hat und daß die vierte Wiedergeburt unseres unsterblichen Stammes endlich zur Tatsache geworden ist.“

Faschisten! Der Faschismus muß sein Ziel erreichen. Um jeden Preis. Laßt aus dem unermüdeten Chor eurer Regionen diesen Schwur herorgehen. Der Führer, der uns seit 1919 geführt hat, steht heute sicher und unbeeinträchtigt auf seiner Kommandobrücke; weder die heimtückische Blindheit noch der entseelte Sturm können ihn in der Erfüllung seiner schweren Pflicht stören. Ihm haben wir gehorcht, ihm gehorchen wir, ihm werden wir ewig gehorchen, im Leben wie im Tode, denn eine einzige Leidenschaft beherrscht ihn, die auch unsere Leidenschaft ist: die Größe des Vaterlandes.“

Es lebe, lebe für immer der Faschismus!

Der Hohe Rat des Faschismus.

Rom, Palazzo Venezia, im ersten Jahr der faschistischen Aera.“

Da es heute in Italien der Presse „nicht zusteht“, an einem Regierungswort zu deuteln und es anders als durch Regierungsworte zu kommentieren, so ist man auf frühere Neuerungen faschistischer Autoritäten angewiesen, um zu begreifen, was diese offizielle Ausrufung zu „Feinden des Faschismus“ denn eigentlich bedeuten kann. Und da wird man auf tun, sich an ein Telegramm Mussolinis zu erinnern, das im Frühjahr 1923 an die Faschisten Toskanas gerichtet wurde, bei Gelegenheit politischer Totschläger unter Faschisten, und in dem zu lesen stand:

„Sagt es laut den Faschisten von Toskana, daß das glühende Blut für die Feinde des Vaterlandes und des Faschismus aufsparen ist.“

Hat man den Aufruf des Hohen Rates also dahin aufzufassen, daß er in der Liste der „Feinde“ eine Liste der „Opfer“ aufstellt? Einen Zweck muß die den politischen Gebräuchen des Landes bisher völlig fremde Abstempelung gewisser Gruppen als „Feinde des Faschismus“ doch wohl haben; wie wäre es sonst einzusehen, daß das höchste Organ einer Partei ihr eine so feierliche Form verleiht? Die neuen Normen über die Pressefreiheit, die freilich zur Stunde noch nicht dekretiert sind, verbieten es, „zum Begehren von Verbrechen oder zum Haß gegen Personen aufzureizen“, doch nur, soweit dies durch „Artikel, Kommentare, Anmerkungen, Titel, Illustrationen oder Karikaturen“ geschieht, also nicht, wenn die Aufreizung in der Form einer offiziellen Kundgebung einer Parteiinstitution erfolgt, die durch ihre Mitglieder und ihre Zwecke sich teilweise mit dem Ministerrat deckt. Es scheint sich hier um eine Variation des mittelalterlichen Kirchenbannes zu handeln, über deren praktische Tragweite es zwecklos ist, sich Vermutungen hinzugeben.

Interessant ist die Auswahl der betroffenen Personen. Zunächst Don Sturzo und die von ihm geführte Christliche Volkspartei, denen man es verargt, sich in Sachen der Wahlreform der Abstimmung enthalten zu haben. Weiter haben die Merikalen bei dem Botsam, bei dem es sich darum handelte, das prozentuale Stimmenminimum festzusetzen, das der obliegenden Partei die Rechte der Mehrheitspartei und damit 66 Proz. aller Mandate einräumt, gegen das Minimum gestimmt, um wenigstens 33 Proz. der Abstimmenden zu fordern, statt der 25 Proz., die das Ministerium, freilich nur mit 20 Stimmen Mehrheit, wirklich durchbrachte. Durch ihre horräckige Vertretung des Proporz, die ihr den heutigen Bannfluch einträgt, hat die Merikale Partei beinahe eine

Krise in den eigenen Reihen herausbeschworen, da sie die un-
disziplinierten Elemente ihrer Rechten ausschloß.

Auf der Liste der „Feinde“ folgt dann die Sozia-
listische Einheitspartei. Warum diese allein? Wo-
bleiben die Kommunisten, die Maximalisten, die Repu-
blikaner? Will man die Einheitssozialisten auszeichnen, indem
man sie allein nennt? Oder gehören die anderen Parteien in
die Liste der Freunde?

Unter den Gruppen der Demokratie und des Liberalis-
mus muß man wohl die oppositionelle Gruppe verstehen, die
sich einerseits um den römischen „Rondo“, andererseits um
den Mailänder „Corriera della Sera“ anseht. Wenn man
für diese Gruppen jetzt eine besondere Kennzeichnung, ein be-
sonderes Merkmal für nötig hält, so läßt das wohl darauf
schließen, daß das Gesetz gegen die Pressefreiheit, das voll-
ständig zu ihrer Unschädlichmachung genügt, vorläufig nicht
in Kraft treten soll.

Mit dem merkwürdigen Aufruf des Hohen Rates fällt
zeitlich beinahe zusammen eine Maßnahme, die sich, wie der
Aufruf selbst, auf die Verteidigung des Faschis-
mus bezieht. Wir meinen die Umgestaltung der faschisti-
schen Miliz. Der Hohe Rat hat nämlich am 28. Juli eine
von Mussolini vorgelegte Erklärung einstimmig angenommen,
die die Miliz von 300 000 auf 500 000 Mann erhöht,
nämlich 300 000 des ersten und 200 000 des zweiten Aufge-
bots. Während die Miliz bisher nicht deutlich definierte Poli-
zeifunktionen hatte, bei deren Ausführung sie normalerweise
von der Carabinieri begleitet sein mußte, heißt es in der
Erklärung:

„Die Miliz ist eine große politische Polizei. Ihre Auf-
gabe besteht darin, mit oder ohne Mitwirkung der ge-
wöhnlichen Polizeiergane jede Störung der öffentlichen
Ordnung, jeden Anschlag oder Versuch des Aufruhrs gegen die
faschistische Regierung unmöglich zu machen und dadurch die un-
unterbrochene Normalität im produktiven und sozialen Leben der
Nation zu sichern.“

Die Miliz soll nicht, wie sie das bisher wiederholt getan
hat, gewöhnliche Polizeifunktionen ausüben, soll aber das
Heer vollständig jeder Leistung zur Aufrechterhaltung der
öffentlichen Ordnung entbinden. Im Kriegsfall werden ihre
Leute ins Heer eingegliedert.

In derselben Tagesordnung finden wir, wenn auch nur
nebenbei, endlich einmal eine Definition des „faschistischen
Staates“. Es heißt nämlich in ihr unter Nr. 1:

„Solange der Staat nicht vollständig faschistisch
geworden ist, d. h. solange nicht in allen Verwaltungen und Ein-
richtungen des Staates die Nachfolge der herrschenden
faschistischen Klasse und der ihr ergebenen Leute die
gestrige herrschende Klasse verdrängt hat, und solange nicht jedes
Element der antinationalen Elemente unwiderbringlich
aufgegeben ist, kann der Faschismus, der die Revolution
gemacht und alle aus ihr folgenden Verantwortlichkeiten übernom-
men hat, nicht auf die bewaffnete Macht der Schwarzhemden
verzichten.“

Es gibt also in Italien eine „herrschende faschistische
Klasse“, die durch Besitzergreifung aller Staatsämter den
faschistischen Staat verwirklicht.

Die Definition ist schlicht und deutlich. Man kennt sich in
ihr sofort aus. Wir müssen also annehmen, daß sie wesentlich
dazu beitragen kann, das Problem zu klären, das in den
Reisen der italienischen Konföderation der Arbeit
durch eine Bemerkung Mussolinis in der Kammerrede vom
15. Juli angeschnitten wurde: wir meinen die Frage einer
Mitarbeit der Konföderation an der Regierung. In dem
neuen Ministerium der nationalen Wirtschaft sind noch zwei
Unterstaatssekretariatsstellen zu besetzen. Das Angebot ist, wie die
faschistische Presse offen sagt, als Mittel geplant, um 3 wie-
spalt in der sozialistischen Partei zu lösen, in der
sich eine Strömung für und eine gegen die Mitarbeit bilden
sollte.

Vielleicht klärt die nachträglich gegebene Definition die
Geister der Gewerkschaftsführer. Selbst wenn durch die Mit-
arbeit die organisierte Arbeiterschaft in die Kategorie der

„dem Faschismus ergebenen Leute“ aufrücken und somit An-
spruch auf Staatsstellen erlangen sollte, mühte doch der Ge-
danke des dem Lande bevorstehenden Entwicklungsprozesses
nicht eben dazu anlocken, sich um einen Anteil geschichtlicher
Verantwortung zu bewerben. Man denke sich: eine 500 000
Mann umfassende politische Polizei, die ihre Aufgabe an dem
Tage erfüllt haben wird, an dem die letzte Staatsstelle von
Faschisten oder Faschistenfreunden besetzt ist. Es ist schwer
zu verstehen, wann die Beteiligung der Konföderation über-
flüssiger wäre: solange die halbe Million an der Arbeit ist
oder nachdem sie ihr Ziel verwirklicht hat, beim Kampf oder
beim Siege. . . .

Vor der Reichstagsöffnung.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

In der morgigen Reichstagsung, die um 3 Uhr nach-
mittags beginnt, werden der Reichskanzler Dr. Cuno und der
Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Finanzvorlagen der
Regierung vertreten. In der Debatte wird für die sozialdemo-
kratische Reichstagsfraktion Genosse Hermann Müller
sprechen.

Der Reichskanzler hat im Laufe des heutigen Tages noch
Besprechungen mit den Fraktionsvorstehenden. Gegen mittag
sind beim Reichsfinanzminister eine Besprechung statt, bei der
die sozialdemokratische Fraktion durch die Genossen Dr. Herz
und Kahmann vertreten war.

Mörder und Mordanschläge.

In dem neuen Verfahren wegen Ermordung Rosa Luge-
burgs gegen Leutnant a. D. Krull ist die Voruntersuchung ab-
geschlossen worden und die Akten sind zur Erhebung der Anklage an
die Staatsanwaltschaft gegeben worden.

Dieser Leutnant Krull ist auch in ein anderes Verfahren ver-
wickelt, das ein geplantes Bombenattentat auf das Haus
unseres Genossen Porous-Helphand betrifft. Man hatte beabsichtigt,
die Villa von Porous auf Schwanebrunn in Wannsee in die Luft
zu sprengen, wobei der anwesende Dr. Porous gleichzeitig ums
Leben kommen sollte. Der Plan wurde vor der Ausführung durch
die Polizei aufgedeckt und vereitelt. Nunmehr ist gegen Haupt-
mann a. D. Müller v. Hausen, den Herausgeber der „Weisen
von Zion“, ferner gegen Hauptmann a. D. v. Münch, Ober-
leutnant Bracht und Leutnant a. D. Krull wegen Vor-
bereitung eines Verbrechens Anklage erhoben worden. Die Anklage
wird bei der demnächst stattfindenden Verhandlung vor dem Lan-
dsgericht III durch Staatsanwaltschaftsrat Jäger vertreten werden.

Reichsgericht gegen Sachverständige.

Ein merkwürdiger Gerichtsbeschluss.

Für den am 23. August vor dem ersten Senat des Reichsgerichts
beginnenden Landesverratsprozess gegen den Journalisten
Walter Dehme aus Berlin hatte dessen Verteidiger die Ladung
einer Reihe von Sachverständigen beantragt zum Beweise dar-
für, daß im politischen Gesamtinteresse des Reiches die einzelnen
Mitteilungen nicht nur nicht schädlich, sondern eher förderlich gewesen
seien, ferner dafür, daß die „Atlantic News Transmissions Agency“,
an die Dehme seine Nachrichten geliefert hat, kein deutschfeindliches,
sondern gerade ein deutschfreundliches Nachrichtenbüro sei.
Der Senat des Reichsgerichts hat jedoch die Ladung dieser Sachver-
ständigen, ebenso wie die der für den guten Glauben Dehmes be-
nannten Fragen mit der Begründung abgelehnt, daß in diesen
Anträgen „bestimmte für die Beurteilung der Sache erhebliche Tat-
sachen nicht unter Beweis gestellt seien“.

Bemerkenswert ist, daß der Senat des Reichsgerichts auch Dr.
Lahme, jenen Sachverständigen abseht, den sogar das Münchener
Volksgericht vernommen hatte.

Ein deutsch-polnisches Grenzverkehrsabkommen ist in Deutheu
nach längeren Verhandlungen unterzeichnet worden; es regelt die
Durchführung der Bestimmungen des Genfer Abkommens über
den Grenzverkehr.

Hungerhilfe ist Leichenfledderei.

Agarische Logik.

In einem Aufsatz „Um die Lebensmittelver-
sorgung“ hatten wir im Angesicht der drohenden Lebens-
mittelfatastrophe vor acht Tagen von der Regierung verlangt,
daß sie alles tue, um der Lebensmittelnot zu steuern. Wir
schrieben damals u. a.:

Noch ist es Zeit. Das Volk hat das Recht zu fordern, daß die
Regierung Notstandsmaßnahmen trifft, um die vorhandenen
und verfügbaren Lebensmittelvorräte zu erfassen und dem
Verbraucher zuzuführen. Wenn sich keiner dazu findet, das
Risiko der Geldentwertung zu übernehmen, so muß die Regierung,
die das Währungsseind nicht genügend bekämpft hat, es selbst tun
und die Ware zu einem erträglichen Preise an die Ver-
braucher bringen unter Zuhilfenahme der gemeinnützigen Kon-
sumgenossenschaften.

Der „Reichslandbund“, das Zentralorgan des Deutschen
Landbundes, sieht in der Forderung, daß das Reich die durch
das Versagen des Devisenmarktes in den Händen der Händ-
ler und vermutlich auch der Landwirtschaft liegenden Lebens-
mittelbestände erfassen soll, das Neuaufleben der Forde-
rung nach einer Zwangswirtschaft. Freilich war in
diesem Aufsatz von der Zwangswirtschaft überhaupt nicht die
Rede. Obwohl, wie auch aus anderen Stellen hervorgeht, der
Verfasser der Landbunds-Erwidern unseren Artikel gar
nicht gelesen hatte, schwingt er sich zu folgendem pathologischen
Geschrei auf:

Daß man Schwertglatten, deren Wurzel die Zwangswirtschaft
ist, mit derselben Zwangswirtschaft bellen könne, wird kein Ver-
ständiger im Ernst annehmen. Wird der Ruf nach neuer Zwangs-
wirtschaft in sozialdemokratischen Kreisen gleichwohl als Parole aus-
gegeben, so zeigt dies das verbrecherische Bestreben, den tief be-
dauerlichen Notstand der Gegenwart parteipolitisch
auszuschlichten. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, diesen
parteilich-politischen Leichenfledderern gründlich das
Handwerk zu legen.

Wir forderten die Erfassung der Lebensmittelbestände,
um die großstädtische Bevölkerung vor dem Hunger zu schützen.
Der Reichslandbund sieht in diesem Appell zur Hungerhilfe
an die Regierung eine politische Leichenfledderei. Das ist echt
agrarische Logik. Man kann sich aber ungefähr denken,
wie derartige den Sinn unserer Forderungen entstellende Aus-
sagen auf dem Lande wirken müssen, wenn sie in dem
Ausruf gipfeln, politischen Leichenfledderern „gründlich das
Handwerk zu legen“. Der offene Appell an bäu-
erliche Gewalt wird uns jedoch nicht abhalten, mit allem
Nachdruck für die Interessen des arbeitenden Volkes einzu-
treten und im Kampf gegen Not und Elend diejenigen Forde-
rungen aufzustellen, die das Versagen der von den Agrariern
durchgeführten freien Wirtschaft und eine verfehlte Devisen-
politik unabwendbar machen.

Katowitsch Englandkritik, die England bewogen hat, ihn nicht
als Vertreter Russlands in London zu genehmigen. Ist im ukrainischen
Staatsrat als eine Froschüre erschienen. Sie soll andäulich
machen, wieviel fremde Länder und Völker England sich unter-
worfen habe. Klein der letzte Weltkrieg habe die britischen Be-
sitzungen um ein ganzes Drittel vermindert. England habe am Kriege
über 9 Millionen Quadratkilometer verdient. — Die Russland be-
ziehenden amerikanischen Parlamentarier haben Tschitscherin
besucht, der ihnen u. a. das Beldid zum Tode Harding's aussprach
und weiter erklärte, Russland sei auf seine Revolution stolz und
heißt jeden willkommen, der den Wandel der Dinge in Russland
kennen lernen wolle. Die Amerikaner äußerten die Erwartung,
daß ihre Reise zur Annäherung zwischen Amerika und Rus-
land beitragen werde.

Dr. Ren, der Leipziger Amtsgerichtspräsident ist, wie die
„Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, zum sächsischen Justizminister
ernannt worden.

Ungarischer Grenzort. Bei aus GÖßing (Burgenland) ge-
meldet wird, ist ein junger Bauer, der sich im Besitz eines
ordnungsmäßigen Pfluges befand, auf ungarischen Boden
von einer ungarischen Patrouille ohne Anruf er-
schaffen worden. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Reise ins Phantastische.

Von Karl Fischer.

Man soll nicht sagen, daß das Wunder aus der Welt von heute
verschunden ist. Wenn man gerade Glück hat, tritt man Abenteuer-
licher vor allen Toren, und Phantastisches genug schlingt und schwingt
sich um Wege in unmittelbarer Nähe des nächsten Berlin.

Die Schönheit von Budow ist schon sehr häufig geschilbert
worden, und es kann nicht bestritten werden, daß der Ort inmitten
einer gar lieblichen Landschaft liegt. Einem geraden Gemüt wird es
freilich hart an die Geduld greifen, daß man beim Wandern durch
Wälder und Wiesen auf die Gnade von Großagrarern angewiesen ist.
Da ist zum Beispiel der Herr von Oppen und der Herr von Flem-
ming, die weite Wälder besitzen und vor ihrem Besitzum Laufen auf-
gestellt haben, auf denen sie mitteilen, daß sie noch einmal so gut
sein und dem Publikum das Promenieren durch diese Wälder
gestatten wollen. Dann ist da noch ein Graf Dohna, der in einem
feudalen Schloß mit Kasarierhaus und Haus für den Küchenchef und
Haus für den Garmentier und einem herrlichen Park hinter dem
Schloß wohnt. Der Graf Dohna aber gestattet nicht, und ein kleiner
Agrarier ganz in der Nähe hat sich diese hochherrschafflichen Manieren
zum Muster genommen und auf sein Feld ein Schild gestellt, auf
das er eigenhändig geschrieben hat: „Dieser Stein ist mit 300 Mark
verboten!“

Das also sind die Schönheiten!
Über auch an Phantastischem fehlt es nicht. Die tolle Phantastik
konnte man dieser Tage in Budow schauernd genießen.

In Budow war Schützenfest.
Schützenvereine und Kriegervereine sind ja eine Couleur, ge-
hört von der Devise: Mit Gott für Kaiser und Reich! Es ging in
Budow den ganzen Tag und nahm kein Ende mit: „Wachtung! Ge-
wehr über! Gewehr ab! Präsentiert das Gewehr!“ Und Reden
wurden gesprochen, immer wieder Reden, und immer wieder mit
'rah, 'rah, 'rah! am Schluß. Drei Tage und die dazu gehörenden
Nächte hat man in Budow gefeiert, gesungen und geflossen, gelobt
und getollt, daß die kleinen Häuser taumelten und es von einem Ende
der Stadt zum anderen dröhnte und donnerte.

Erschrocken fragte man sich, schämte sich denn diese Menschen
nicht, dermaßen sich zu haben und zu haufen in einer Zeit, da
Tausende hungern! Das ganze Reich ist in Gefahr, und eine Stadt
steht auf dem Kopf und weiß sich vor Zügellosigkeit nicht zu fassen.

Welche Phantastik!
Die Polizeistunde ist abgeschafft. Freie Nacht heißt die Parole.
Man singt und läßt und tanzt und tollt bis zum Wachen, wie man in
Budow in früherer Erinnerung an den Militarismus sagt!

Am allerhöchsten aber waren entschieden die Nächte. Da hörte
man auf den Straßen auf die Juden schimpfen und auch sonst voll-
stimmliche Nieder singen. Das eine dieser Nieder lautete etwa so:

„Und der Gott, der da oben im Himmel regiert,
der hat uns zum Saufen verführt!“

Daran reihte sich ein prägnanter politischer Teil:

„Wilhelm, der Dode, der hat uns die Chose verkauft,
und Eberl, der Uffe, der hat ihm die Krone gekauft!“
So lebt es sich in Budow!

Maeterlinck und die Moskauer.

Ein Satyrspiel von Tschschow leitete den zweiten Abend der
Moskauer Komödianten ein. Es war eine Verpötlung der Kräh-
winkler. Die Philister brauchen zu ihrer hochzeit den Mann mit
der Uniform und den Orden. Als mitten in ihr spieliges Schmaßen,
Saufen und Rülfsen der ersehnte General hineingekappt ist,
herricht erst große Freude. Aber der taiferliche Held des Abends
wird bald entlarvt als ein Mann ebenso schäbig wie die ganze Ge-
sellschaft. Man reist die Charge mit aller Russengründlichkeit, mit
Gehele und lauter feilerischen Wästen herunter. Die dicke
Schmante, die geliebte Rose, der parodierend gekleidete Schnauz-
bart und der Flegelbrand auf den Wangen, dieses sehr altertümliche
Schmierenrequisit, dient rechtlich. Das Maeterlinck ist von
größter Wichtigkeit bei diesen Künstlern. Wenn sie auch das derbe
Rulfsenthalten als neue Westheit hinausposaunen, so kann man sich
trotzdem wenig mit ihrem Gesinnung befreunden. Es verlegen die
Hauptfrage der Kunst in die Macht der Schminderndatulle, des
Perückenmachers und des Rulfsenanstreichers. Es kommt die
innere Anteilganz zu kurz.

Diese Methode der Darstellung wird an Maeterlinck's heil-
igen Antonius erprobt. Etwas sehr Gegenwärtliches kommt dabei
heraus. Die Russen lieben nämlich Maeterlinck beinahe religiös.
Man werde sich dieses Kultus bewußt. Es löst hier die primitive
Mythik auf die raffinierte Solomymystik. Maeterlinck war in Fran-
reich nur solche Salonmode. Er wurde in Deutschland eine Literatur-
mode. Er wurde aber in Russland eine Philosophen- und Priester-
mode. Dieses Anpassen eines Genies mit Weibhaufingern ist
russische Art der Dichterverehrung. Aber nun bildete es wieder
einen Hauptteil der neuen Moskauer Theaterreligion, daß man auch
per Maeterlinck die Zerstörungsbauernkunststücke nicht vernach-
lässigen dürfe. Das Spiel vom heiligen Antonius eignet sich übrigens
für diesen Zweck sehr gut. Denn Antonius, der Bagabund, der eine
Lote auferweckt, wird von den hinterlebenden der Entschlafenen
und Wiedererweckten zuerst verhäßlich und dann richtig verhöht.
Gegen die Mythik tritt die Polizei mit Kette und Schloß körperlich
auf. In dieses Neuherrliche, das Maeterlinck wenig spöttisch und
eher maßlos dogmatisch meinte, halten sich die Russen allein. Philis-
tinen und Pfaffen, Kurpfuhler, geldgierige Wesen und verbuzelte
Lanten, alles das hat die verräterliche Schmante faustlich aufgelegt.
Keine Sekunde kommt der Eindruck auf, daß die Mythik gegen die
Skeptiker recht behalten. Das war eine Verdringung, deren sich
die Berufsität der Moskauer schuldig machte. Sie läutigten mit
ihrem Erosbismus gegen den Geist der Gegenwart. Sie läutigten
aber auch, da sie nur den Zeilenschein, den Zeilenschaum, den
Zeilenspunder anerkannten, gegen die Vergangenheit. Das Gefühl
für die Zeitfolge fehlt ihnen. Sie sind nur merkwürdig, sie sind
nicht zu loben.

Das Reich der Maya. Als die Spanier nach Amerika kamen,
gehörten sie beinahe das Axtelkenreich in Mexiko und das
Inkareich in Peru. Zwischen diesen beiden Ländern hat aber in
ältester Zeit, wohl noch vor Christi Geburt, ein großes Kultur-
volk gewohnt, das in Gestalt und Kenntnissen viel vor-
geschrittener war, die Mayas. Ihr Hauptsiß war im heutigen
Guatemala, überhaupt in Mittelamerika. Als Cortez und
Pizarro in jenen Gegenden einbrachen, war das Maya-Reich schon
längst verschwunden, und der Urwald wuchs über den Trümmern
ihrer Städte, Schlösser und Tempel. In den letzten Jahren ist auf
Veranlassung des Carnegie-Instituts eine Untersuchung ange-
stellt worden, an der hauptsächlich die drei Forscher Olney, Ricketson,
W. A. Dove und Jerome Kaimartin beteiligt waren. Es gelang,
eine ganze Anzahl von Maya-Dien, die man bisher nur
vom Hörensagen und aus ortsfremden, aztekischen Nachrichten kannte,
festzustellen. Ysimia, Tanafel, Yglu, Tikol, Uclantun,
Mantantun u. a. m. Die Ergebnisse hatte viel unter Wasser-
mangel zu leiden. Man hofft aber, in der Arbeit fortfahren zu können und
in einiger Zeit der Welt eine Karte vorzulegen, aus der zum
ersten Male genaueres über die Ausdehnung des Maya-Reiches
und die Lage seiner hauptsächlichsten Städte zu entnehmen sein wird.

Die Wissenschaft vom Kihel. Der Kihel ist eine interessante
physiologische Erscheinung, über die von Fry in der Würzburger
physikalisch-medizinischen Gesellschaft nähere Angaben machte. Er
unterscheidet den Kihel von dem oberflächlichen oder Haut-
kihel, der wieder von dem Juden getrennt werden muß. Während
das Juden durch die Reizung der Schmerznerven auf der Epidermis
entsteht und nicht mechanisch auslösbar ist, kann der Hautkihel auch
mechanisch hervorgerufen werden. Hautkihel und Juden können
gleichzeitig auf derselben Stelle auftreten. Wird ein starker Haut-
kihel erregt, so greift diese Erregung auf die Schmerznerven über, und
es kommt dann das Schaudergefühl zustande. Der starke Kihel kann
auch die oberflächlichen Schmerznerven in Mittelebene ziehen und
dann das Juden veranlassen. Es sind nur außerordentlich schwache
Reize nötig, um auf der behaarten Haut den Kihel zu erregen. Es
genügen schon Bruchteile eines Milligramms, sobald die Haare von
ihrer Richtung abgelockt werden. Werden die Haare auf der Haut
abgedrückt, so müssen die Reize sehr viel stärker sein, bis auf das
Tausendfache erhöht werden. Der Kihel wird dann nur über den
Haarbücheln, in denen die Druckpunkte liegen, wirksam. Der Haut-
kihel ist also eine Leistung des Drucksinnes.

Ein neuer Cranach im Berliner Museum. Der Cranach-Faal
des Berliner Kaiser-Jubiläumsmuseums hat jetzt ein neues Mittelstück er-
halten: als Neuerwerb wurde das Bildnis aufgehängt, das Lucas
Cranach von der Gattin des Wiener Professors Neuh gemalt hat. Damit
wird die Angabe des Meisters durch ein zweites bedeutendes Werk in der
Berliner Galerie vertreten; dem Bildnis gegenüber hängt die köstliche Skizze
auf der Plakat im deutschen Bilde.

Jakobs van Steenwert, die holländische Malerin, die bei uns durch
die Stumm-Ausstellung bekannt wurde, ist in Ribbenburg gestorben. Sie
hat es verstanden, die neuen Tendenzen der Malerei — Naturferne und
Eilgebung — mit guter alter Tradition des feinsten Gehalts und kultivierten
Handwerks zu vereinen.

Der polnisch-türkische Freundschaftsvertrag.

Der vor kurzem zwischen Polen und der Türkei in Lausanne zustande gekommene Vertrag verdient in mehreren Hinsichten besondere Aufmerksamkeit. Vor allem wegen seines ausgesprochenen pazifistischen Charakters, der von dem modernen, auf Rechtsansprüche und Militarismus gestützten politischen Weltanschauung absteht. Dies hängt mit dem ganzen Verhältnis der beiden Staaten im Laufe der letzten Jahrhunderte zusammen, einem Verhältnis, das ebenfalls fast einzigartig in der Geschichte dasteht.

Der nunmehr unterzeichnete Vertrag ewigen Friedens und ewiger Freundschaft bildet nur die Erneuerung eines gleichen Vertrages, der bereits 1689 zu Karlowitz geschlossen worden war. Jahrhundertlang hatten die beiden Nationen erbitterte Kriege gegeneinander geführt. Immer wieder unternahmen die Türken Eroberungszüge nach Polen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Überall sieht man in Polen auf türkische Schlachtfelder und noch heute graben die Bauern beim Pflügen türkische Rüstungsstücke aus. Das letzte Mal wurden die Türken von Johann Sobieski bei der Befreiung von Wien geschlagen. Nun kamen die beiden Nationen zur Ueberzeugung, daß es keinen Zweck hätte, einander weiter zu bekämpfen. Zum Zeichen der gegenseitigen Anerkennung ihrer Tapferkeit, sowie als Beweis ihres Friedenswillens, gossen sie Wasser statt Blut auf ihre Schwerter und unterzeichneten einen Vertrag, durch den sie einander ewige Unverletzlichkeit und Freundschaft zusagten.

Dieser Vertrag hat merkwürdigerweise vier Jahrhunderte mit ihren wechselvollen Ereignissen überdauert. Die Türkei hat die Teilungen Polens niemals anerkannt. Freilich spielte hier ein politisches Moment mit, welches der Türkei diese Haltung erleichterte. Am Beginn des 18. Jahrhunderts wurde das Testament Peters des Großen bekannt. Daraus erfuhr die Türkei, daß die Erwerbung Konstantinopels zu den festen Zielen der russischen Politik gehöre. Seit dieser Zeit galt Rußland als der Erbfeind der Türkei. In zwei bemerkenswerten Notizen, vom 30. Oktober 1768 und vom 23. November 1788, wandte sich die Türkei in der schärfsten Weise gegen Rußlands Vordringen zwecks Unterjochung Polens.

Nach der vollendeten Teilung Polens wurde an dem Hofe von Stambul ein eigenartiges diplomatisches Zeremoniell eingeführt. Jahr für Jahr erkundigte sich der Sultan gelegentlich des großen Empfanges der ausländischen Diplomaten, warum der Gesandte von Persien (Polen) nicht erschienen sei. Der Oberzeremonienmeister gab die Antwort, daß er infolge unvorhergesehener Hindernisse sich nicht einsinden konnte. Dieses Zeremoniell wurde bis zur Wiederherstellung Polens beibehalten. Als Pilsudski zum Staatschef gewählt wurde, sandte ihm der Sultan einen goldenen Ehrenfabel.

Daß die Türkei im 19. Jahrhundert Polen gelegentlich seiner Freiheitskämpfe außerordentliches Wohlwollen erwies, ist bekannt. Viele polnische Freiheitskämpfer fanden in der Türkei göstliche Aufnahme. Der größte polnische Dichter Mickiewicz kam mit den Resten seiner Legion nach Konstantinopel. Fürst Czartoryski gründete bei Konstantinopel eine polnische Ansiedlung „Adampol“, die bis heute besteht.

Durch die Erneuerung des alten Freundschafts- und Friedensvertrages haben sich beide Länder verpflichtet, auch in Zukunft niemals Krieg gegeneinander zu führen und einander gegenseitig alle administrativen Erleichterungen und kommerziellen Vergünstigungen zu gewähren. Dieses Abkommen ist von nicht zu unterschätzender Tragweite auf dem Gebiete der internationalen Politik. Polen gehört verschiedenen politischen Kongressen an und wird nun seinen ganzen Einfluß dahin geltend machen müssen, daß auch seine Verbündeten die Türkei nicht antasten.

Daß auch die praktischen Interessen der vertragsschließenden Staaten auf einer derartigen Basis besser gefördert werden, als auf dem Wege der Erzwingung von Konzessionen durch diplomatischen Druck, beweisen die zwei Ergänzungsabkommen des Freundschaftsvertrages, der Handelsvertrag und der Niederlassungsvertrag. Auch hier ist ein Moment bemerkenswert. Als die führenden Ententemächte Polen, ebenso wie andere Staaten, hinsichtlich der Beteiligung an der Lausanner Friedenskonferenz Schwierigkeiten bereiteten, trat Polen in direkte Verhandlungen mit der Türkei und erzielte auf diesem Wege nicht nur dieselben Vorteile wie die großen Mächte, sondern sogar noch weitergehende Vergünstigungen.

Der Handelsvertrag, der sich auf die Kaufel der Weisbügelfügung stützt, gibt Polen die Möglichkeit, in den Häfen von Konstantinopel und Smyrna Warenlagerungen zu errichten, und eröffnet für seine Industrie ein Abgabebiet in der Türkei. Die neue Eisenbahnlinie London—Amsterdam—Berlin—Bagdad wird über Polen gehen (Polen—Kattowitz—Kraakau—Lemberg) und Polen große Vorteile sichern. Diese Verbindung wird achtmal billiger sein als die Reise mit dem Orient-Express und 13 Stunden weniger dauern.

Der Niederlassungsvertrag garantiert auf der Grundlage der Gegenseitigkeit den Bürgern und Handelsgesellschaften beider Länder die volle Freiheit der Ausübung von Handel und Industrie auf dem Territorium des befreundeten Staates.

Wer ist verantwortlich?

Die Befolgung der Zivilisten in der Reichswehr.

Man schreibt uns: Die Reichswehr beschäftigt in den verschiedenen Garnisonen des Reiches eine größere Zahl von Lehrern, um die aus dem Heeresdienste ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften für eine Zivillausbahn vorzubereiten. Diese Lehrkräfte sehen sich aus ferngestellten Volksschullehrern und Studienräten, welche die Tätigkeit bei der Reichswehr nebenamtlich ausüben, und aus unbeschäftigten Studienassessoren zusammen. Die Bezahlung erfolgt nach Stunden. Für Monat Juni betrug das Stundenhonorar 3—4000 M. Selbst einen ungelerten Arbeiter billigt man einen höheren Stundenlohn zu. Das Monatskommen eines Studienassessors, der eine volle Beschäftigung bei der Reichswehr hatte und sich ganz in den Dienst derselben stellte, betrug im Juni etwa 40000 M. Ein solcher war, um sich und seine Familie über Wasser halten zu können, genötigt, bis in die Nacht hinein nach vollbrachten Tagewerk Ueberflüssen zu geben. Es wäre interessant zu erfahren, wer die Verantwortung für diese schmachvolle Zahlungsweise übernimmt. Es kommt das Reichswehrministerium, das Unterrichtsministerium und das Finanzministerium in Frage. Interessant wäre es auch, von der verantwortlichen Stelle die Gründe solcher schamlosen Behandlung der Lehrerschaft zu erfahren. Gründe der Sparsamkeit können keinesfalls angeführt werden, da ja für die hohen Offiziersgehälter und Offizierspensionen stets die Kassen gefüllt sind.

Wegen der Ausweitung der russischen Kosen-Kreuz-Mission aus Bulgarien (unter der Beschuldigung terroristischer Ausschreitungen) hat die Sowjetregierung russische Schiffe verboten, bulgarische Häfen anzulassen. — Mit Dettland hat Sowjetrußland ein Abkommen über Austausch Verhafteter getroffen.

Die neuen Hochbauten der Stadt.

Stadtrat Ludwig Hoffmann hat soeben dem Magistrat einen Bericht erstattet über die Hochbauten, welche die neue Stadt Berlin in den ersten drei Jahren ihres Bestehens ausgeführt oder in Ausführung genommen oder zur Ausführung vorgeesehen hat. — Hierbei handelt es sich um nicht weniger als 150 derartiger großer Bauausführungen, was mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Baumarktes und die schwierige Wirtschaftslage der Stadt besonders bedeutsam ist. Nicht weniger als sieben Milliarden sind seitens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung für diese öffentlichen Bauten zur Verfügung gestellt worden, welche nicht das Alt-Berlin, sondern vor allem auch die Bezirke versorgen sollen, und zwar wurden angelegt:

Zu Bauten für die Gesundheitspflege 2 Milliarden 336 Millionen, für Unterrichtswecke 727 Millionen, für Wohnzwecke 1 Milliarde 46 Millionen, für das Bestattungswesen rund 600 Millionen, und für Verwaltungszwecke 1 Milliarde 805 Millionen. Demensprechend ist die Art der Bauten sehr vielfältig. Es handelt sich hierbei unter anderem um den Umbau des Krankenhauses Wobesitz, die Neubauten der Schule in der Mantelstraße, und des Luther-Exerziums, Tempelhofer Ufer, um Bauten beim Krematorium Distermeyer- und Gertrudstraße, um die Vergrößerung des Stadtverordnetenversammlungssaales, den Umbau des Markthalls für die Stadtbibliothek und Bureauzwecke und des Gebäudes Simonischen Hauses für Bureauzwecke in der Klosterstraße. — Außerordentlich umfangreich sind vor allem die Bauausführungen für die Bezirke und Bezirksämter. Hier stehen voran der Um- und Erweiterungsbau in Spandau, der Neu- und Umbau beim Krankenhaus Neutöllin und der Bau des Wälder- und Säuglingsheims Neutöllin und in der Sophie-Charlotten-Schule in Charlottenburg. Kennenwerte Bezirksbauten sind ferner die Siedlung Jungfernhöhe, die Wohnbauten Moritzufer und Südpark in Spandau, die Siedlungen in Panitzsch, die Kleinhaus-Siedlung am Dammweg, die städtischen Wohnhäuser in Neutöllin, die Siedlung in Köpenick, die Ausstockung von städtischen Gebäuden in Köpenick und Friedrichshagen, die Kleinhaus-Siedlung in Hohenschönhausen und die Wohnanlagen in Weißensee; ferner die Siedlung Buch und der Ausbau des Gesellschaftshauses in Wittenau zu Wohnungen. Neubauten sind vorgeehen auf dem Gemeindefriedhof Buch-Karow. Schließlich hat die Stadt Berlin eine Reihe von Dienstgebäuden der alten Stadt Berlin als Verwaltungsgebäude für neue Verwaltungsgebäude hergegeben und umbauen lassen und zwar: die alte Wechselse Marktstraße für den Bezirk Friedrichshagen, die Friedrich-Werderische Oberschule in der Poststraße für den Bezirk Kreuzberg. Außerdem hat die neue Stadt Berlin das Joachimshalsche Gymnasium für den Bezirk Wilmersdorf umgebaut und eingerichtet, sowie einen Neubau für das Verwaltungsgebäude des Bezirks Tempelhofer vorgeehen.

Hiernach sind gerade für die Bezirke umfangreiche Aufwendungen angelegt. Bei den genannten Summen sind bei der Bauausführung infolge Preissteigerung eingetretene Mehrkosten zum Teil noch nicht berücksichtigt, wie auch ein großer Teil der Beträge zu Zeiten eines besseren Marktstandes verausgabt worden ist. Außer den angegebenen 150 Bauausführungen kommen noch umfangreiche bauliche Erneuerungen städtischer Gebäude in Frage. Besonders interessant ist es, daß im Etat 1922 rund 50 Millionen und 1923 (Stand am 1. April 1923) rund 11 Milliarden eingesetzt worden sind.

Eine Moschee am Kaiserdamm.

In wildbewegten und schweren Zeiten tauchen immer gern und viel Propheten auf. Und das größte Glück des Propheten ist, wenn seine Anhänger sich über Reichtümer verfügt. So kommt es auch, daß die Betrüger des religiösen Mannes aus Kalkutta, der den Islam reformieren will und dessen Anhänger sich in der Ahmadija-Bewegung zusammenschließen, in allen Ländern bekannt werden. Der neue Prophet verkündete nämlich die Heilslehre, daß durch Befolgung seiner Ideen der Islam weltumspannend werde. Und die Führer der Bewegung, sie haben sich schon gespalten in die Gruppen von Kalkutta und Delhi-Sahore, wollen durch Errichtung von Moscheen für das Verstehen des Islam werden. Sie geben freiwillig 10 Proz. ihrer Einnahme für die Ausbreitung des Islam.

Sie sollen freilich den Prince of Wales, den englischen Thronfolger, aufgefordert haben, herrscher über die 36 Staaten von Indien und Roostem zu werden. Doch da die Engländer keinen Mohammedaner als Herrscher haben wollten, soll der Prinz auf das indische Angebot nicht eingegangen sein. Dieses Vorgehen aber hat die englisch-indischen Roostem gegen die Ahmadija-Leute aufgebracht, die freilich von sich behaupten, sie seien völlig unpolitisch.

In der Riehlstraße in Charlottenburg wurde nun am Montag der Grundstein zu der Ahmadija-Moschee gelegt. Der Platz war mit Blumengirlanden und prächtigen seidenen Schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt. Die Moschee entsteht nach dem Entwurf eines deutschen Architekten und sie wird von deutschen Arbeitern gebaut. Rubaral Ali, der Berliner Vertreter der Ahmadija-Bewegung, in Geschäftsfragen und Haltung immer gleichbleibend, stets zurückhaltend und beständig, rezitierte die erste Koran-Sure auf arabisch. Dann hielt er eine englische Ansprache. Das verdröht einen ägyptischen Doktor, der ein politischer Fanatiker und Anhänger der ägyptischen Nationalpartei ist, sehr. Da er den Standpunkt vertritt, alles Unglück in der Welt kommt durch England, schrieb er auch jetzt: „Weg mit dieser verfluchten Sprache. Das ist keine Moschee, das ist ein englisches Grab. Ich habe die Dokumente“. Worauf er ein Klebuch aus der Tasche zog. Darauf wurde gegen den Schreiber eine allgemeine Verurigungsaktion eingeleitet. Man hörte von den anwesenden Mohammedanern beschwichtigende Worte wie: „Sei man ruhig, wir sind keine Kommunisten“. Ein deutscher Herr aber sei effertig nach der Polizei und holte einen Kränzen. „Und es ist doch ein englisches Grab“, lautete der Ausruf, als er in Raschbestellung den Platz verließ. Dieser Austritt hatte natürlich zur Folge, daß man sich mehr mit dem ägyptischen Rechtsradikalismus, als mit der Grundsteinlegung der Moschee am Kaiserdamm beschäftigte.

90 000 Mark das markentreie Brot.

Dem Zwickauer Verband der Bäckermeister wird mitgeteilt, daß weitere ganz erhebliche Steigerungen für Mehl, Mehl usw. eine weitere Brotpreissteigerung nötig machen. Es kostet daher ab Mittwoch, den 8. August, ein Brot 90000 M., die Schrippe 5000 M. Die anderen Gebäckarten werden entsprechend erhöht.

Ein mißlungener Raubüberfall in der Großbeerstraße.

Nach einem schweren Raubüberfall ergriffen wurde gestern vormittag ein 25 Jahre alter angeblicher Apotheker Karl Dominik aus Warburg, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhält. Dominik erschien um 11 Uhr an der Wohnung des Eisenbahnbeamten Himpel im zweiten Stock des Hauses Großbeerstraße 96, der aber nicht zu Hause war. Als die Wirtin Anna Schäfer ihm öffnete, erkundigte er sich nach einem Manne, der früher bei Himpel verkehrt hat. Inzwischen Schäfer erwiderte ihm, daß niemand zu Hause sei. Als sie sich einmal umhah, schlug Dominik sie hinterrücks zu Boden, kniete auf ihr, würgte sie und schlug mit der einen Faust blindlings auf Mund und Schläfe ein. Die Ueberfallene war nicht imstande, um Hilfe zu rufen, ließ sich mit den Beinen um sich werfen zu ein Tischchen, das mit daraufstehenden Tuscheln umfiel. Jetzt bekam es der Räuber wohl mit der Angst, daß durch des Goppler Hausgenossen aufmerksam geworden sein könnten. Er sprang auf und ließ die Treppe hinunter. Inzwischen Schäfer rief sich sofort auf, rief um Hilfe und eilte dem Verbrecher nach. Gleich darauf kamen auch schon mehrere Chauffeure mit dem

Rächtigen aus dem Nebenhaus heraus. Sie hatten ihn dort erwischt und festgenommen, verprügelten ihn und übergaben ihn dann einem Beamten der Schutzpolizei, der ihn der Kriminalpolizei zuführte.

Die Feiern am Verfassungstage.

Der diesjährige, auf den kommenden Sonnabend fallende Verfassungstag wird sich in folgender Weise abspielen: 9 Uhr vorm.: Glockenläuten. 9 bis 9.30 Uhr vorm.: Aufziehen einer verstärkten Parade mit klingendem Spiel. 9.30 Uhr vorm.: Kirchzeit (besondere Gottesdienste der Dreifaltigkeitskirche und Viktoria-Kirche). 12 Uhr mittags: Die Feier im Reichstage. 11.30 Uhr vormittags: Deffnung der Haupttribüne des Parlamentshauses, Aufzug von Vereinen usw. 11.45 Uhr vormittags: Aufzug einer Ehrenkompanie der Reichswehr. 11.55 Uhr vormittags: Anfahrt des Kanzlers und der Reichsminister. 12 Uhr mittags: Anfahrt des Reichspräsidenten Ebert und Abmarsch der Ehrenkompanie. 12 bis 1.10 Uhr: Allgemeine Feier auf dem Königsplatz, Militärmusik, Sängerköre usw.

Die Festrede im Reichstage hält Prof. Dr. Anshueh-Helldorf, eine Ansprache für das Rhein- und Ruhrvolk Oberbürgermeister Dr. Jarres. 1.10 Uhr: Reichspräsident und Reichskabinett verlassen das Haus; Begrüßung der Vertreter der Vereine und Korporationen durch den Reichspräsidenten. 1.30 Uhr: Abfahrt des Reichspräsidenten, Abmarsch der Ehrenkompanien.

3 Uhr nachm.: Sportliche Wettkämpfe um den Ehrenpreis des Reichspräsidenten im Stadion und an anderen Plätzen. — 4 Uhr nachm.: Verfassungsfeier der Berliner Demokratischen Partei in der Brauerei Friedrichshagen. — 6 Uhr nachm.: Verfassungsfeier der Sozialdemokratischen Partei in allen Räumen der Neuen Welt, Hallesche. — 8 Uhr abends: Massenunterstützung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes im Lustgarten und auf dem Schloßplatz; 20 Redner aller Verfassungsparteien, Rezitationen, Blaskonzerte, Feuerwerk, Fackelzüge. — 8 Uhr: Festvortrag (Szene aus dem Empedokles von Hölderlin, Beethovens 7. Sinfonie, dirigiert von Scheinflug) im Staatlichen Opernhaus auf Einladung des Reichspräsidenten. — 9.20 Uhr: Fackelzüge vor dem Opernhaus. — 9.40 Uhr: Ansprache des Reichspräsidenten. — 10.20 Uhr: Schlußfeier im Lustgarten. — Während des ganzen Tages und abends finden an allen Plätzen Sammlungen für das Volksgeld für Rhein und Ruhr statt.

Die Verfassungsfeier der Stadt Berlin wird am 11. August, 12 1/2 Uhr mittags im Stadthaus stattfinden. Hierzu werden Einladungen an Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie an die Ehrenbürger, Stadtmagistrate, Ehrenbeamten, Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt ergehen. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zahl von Plätzen werden vom Magistrat Eintrittskarten ausgeben. Das Philharmonische Orchester wird die Camont-Quartette, Präludien von Bizet, sowie das Chorspiel für die „Reiterfinger von Nürnberg“ spielen. Oberbürgermeister Böß hält die Ansprache.

Die Berliner republikanischen Verbände appellieren an die Berliner Einwohnerschaft, an die Geschäftsinhaber, usw., allen Wohnungen und Häusern, öffentlichen Lokalen usw. am 11. August, Flaggenschmuck zu geben, um so auch nach außen hin die Geschlossenheit der Nation zu demonstrieren.

Ein „gefährlicher“ Familienausflug. Der Deutsche Schäferhund-Verband unternahm gestern einen kleinen Familienausflug nach Westend. Als der Verein, es waren im ganzen 45 Personen, an der Spitze eine kleine Wandorchesterkapelle, einschließlich Frauen und Kinder am Charlottenburger Polizeipräsidium vorbeikam, stürzten plötzlich 10—12 Schupo-Beamte aus der Wache und lösten den friedlichen „Demonstrationszug unter freiem Himmel“ auf. Dabei sollen, wie uns Augenzeugen berichten, die Polizeibeamten in recht roher Weise gegen die „Demonstranten“ vorgegangen sein. Wenn auch zurzeit ein Verbot von Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel besteht, so sollte doch die Polizei nicht so überaus ängstlich sein, und jeden kleinen geschlossenen Vereinsausflug für eine staatsgefährliche Veranstaltung ansehen.

Zu einem bedauerlichen Zusammenstoß zwischen Schutzpolizei und Publikum kam es, wie uns aus Westend mitgeteilt wird, am Sonntag gegen 8 Uhr am Bahnhof Heerstraße. Ungefähr 30 bis 50 Männer, Frauen und Kinder zogen, ein Turnierfeld singend, ihres Weges dahin, als plötzlich acht Schupo-Beamte zu Pferde in den Zug hineinsprengten. Ruhig gingen die Leute weiter, worauf die Schupo noch einmal in die Menge hineinritt. Ein Pferd eines Beamten wurde dabei scheu und kam zu Fall. Zwei Turner wurden verhaftet, aber alsbald nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Der Kanal zum drittenmal durchschwommen.

Der amerikanische Schwimmer Sullivan hat als Dritter den Mexikaner durchschwommen. Er verließ Dover Sonntag abend 5.22 Uhr und war am Montag abend 8.45 Uhr in Boulogne. Er brauchte somit für die ganze Strecke 27 Stunden 23 Minuten. Als Erster durchschwamm Hauptmann Webbs am 24. und 25. August 1875 die Strecke in 21 Stunden 45 Minuten. Der zweite Schwimmer war Bürges, der am 5. und 6. September 1911 eine Zeit von 23 Stunden 40 Minuten benötigte. Die Strecke ist 32 Kilometer lang, kann aber der Strömung und der Wäde wegen nicht in gerader Richtung durchschwommen werden, so daß der Schwimmer 60 Kilometer zurücklegen muß.

Absturz eines brennenden Flugzeuges. Am Montag nachmittag stürzte auf dem Keller Flugplatz bei Kristiania ein Flugzeug englischer Herkunft aus geringer Höhe ab und geriet in Brand. Der Führer, ein Fliegerleutnant, und sein Passagier, ein Fliegerkadett, wurden getötet. Die Ursachen des Absturzes sind noch nicht festgestellt.

Englische Jägerfolge. Gegen Ende der vorigen Woche durfte das englische Flugwesen wieder zwei heroische Ereignisse buchen. Die Kapitäne Mac Millan und Mallis flogen auf ihrer Maschine, mit der sie demnächst einen Weltumflug antreten werden, von London nach Baden in Schweden. Sie legten den 750 Meilen langen Weg in 7 1/2 Stunden, ungeachtet verschiedener schwerer Luftböen, zurück. Ebenso flog ein Infanterie-Kapitän in 8 Stunden von London nach Prag.

Wetter für morgen.

Berlin u. Umgegend. Gleitsch, warm, stellenweise heiter, vorübergehend leichter bewölkt bei größtenteils schwachen südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Parteigenossen und Genossen! Die Vorstandskonferenz vom 6. August 1923 hat in Anbetracht der fortschreitenden Geldentwertung einmütig beschlossen, die Beiträge für den Monat August zu verdoppeln. Danach beträgt der wöchentliche Beitrag für Männer 5000 M. und für Frauen 2000 M. Die sich bereits in den Händen der Kassierer befindlichen Marken müssen deshalb für August doppelt gefolgt werden. Das Eintrittsgeld beträgt danach vom 1. August an 5000 M. für Männer und 2000 M. für Frauen. Die vorhandenen Eintrittsmarken müssen daher auch doppelt gefolgt werden. Alle Kassierer werden außerdem nochmals dringend gebeten, die bereits eingekassierten Beträge sofort an die Bezirkskassen einzuführen. S. A. Max Bagels.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Metallangestellten.

Die gestrige Vermittlungsaktion, die sich von 11 Uhr früh bis 11 Uhr nachts hinzog und mit einem Einigungsvorschlag endete, konnte die verfahren Situation leider nicht mehr retten. Die Funktionärversammlungen warteten von 8 und 9 Uhr abends auf das Ergebnis. Die Funktionäre des IFA-Bundes befanden sich schließlich die Abt. ihre Unterhändler aus dem Reichsarbeitsministerium zurückzurufen und ihren Bericht über den Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen. Die Haltung der beiden anderen beteiligten Gewerkschaftsbünde war zunächst unklar, doch sind sie am Streik beteiligt und in der Zentralleitung vertreten.

Der Streik heute heute früh mit starker Beteiligung auf der ganzen Linie ein. Ein genauer Überblick läßt sich zur Stunde noch nicht geben. Die Entschlossenheit der Streikenden, den Kampf bis zum guten Ende durchzuführen, ist einmütig. Die Schupo hat sich schon unliebsam bemerkbar gemacht, indem sie von einem Ostrom-Werk die mit vorchriftsmäßiger Legitimation versehenen Streikposten fiktiv hat.

Aus der Funktionärversammlung des IFA-Bundes, Fachgruppe Metall, am gestrigen Abend in Haverlands Festsaal, deren Beschluß wir im heutigen Morgenblatt bereits mitgeteilt haben, erfahren wir noch, daß die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer erst gegen 11/2 Uhr nachts den Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium geben konnte. Günther vom Butab gab den Spruch bekannt.

Der Einigungsvorschlag.

1. Die Arbeitgeber erkennen an, daß mit der im Schiedspruch festgesetzten Zulage von 305 Prozent auf die Junigehälter die vom 31. Juli eingetretene Teuerung nicht voll abgegolten ist.
2. Am 8. spätestens am 9. August erhalten die Angestellten der Gruppen K3 und K4, T3 und T4, sowie die Meister je 3 Millionen Mark, die Angestellten der Gruppen K1 und K2, T1 und T2, sowie der Gruppen Cb und c je 2.100.000 Mark, die Angestellten der Gruppen A und Ca je 1 Million Mark. Die Verrechnung dieser Beträge erfolgt im Monat September. Die Einzelheiten hierüber werden bis dahin von den Parteien vereinbart.
3. Am 11. August erhalten die Angestellten auf das Augustgehalt eine Zwischenzahlung in Höhe von je 30 Proz. ihres Bruttoeinkommens zusätzlich eines Zuschlages. Dieser bemißt sich nach dem Verhältnis des Lebenshaltungsindezes des Statistischen Reichsamts für Berlin vom 25. Juli und vom 8. August.
4. Am 21. August erhalten die Angestellten eine zweite Zwischenzahlung in Höhe von 30 Proz. des Bruttoeinkommens zusätzlich eines Zuschlages, der sich wie oben nach dem Verhältnis des Lebenshaltungsindezes für Berlin vom 25. Juli und vom 15. August bemißt.
5. Die nach Nr. 3 und 4 erforderlichen Feststellungen trifft ein aus je 5 Arbeitgeber und 5 Arbeitnehmern bestehender Ausschuss. Dieser tritt erstmalig am 8. August, nachmittags 6 Uhr, zum zweiten Male am 15. August, um dieselbe Zeit, zusammen.
6. Bei den Verhandlungen über das Monatsgehalt im letzten Drittel des August werden von den Teuerungszuschlägen der beiden ersten Defakten keine Abstriche gemacht. Das Monatsgehalt setzt sich danach zusammen aus den nach Nr. 3 und 4 gezahlten Beträgen und den restlichen 40 Proz. des Bruttoeinkommens zusätzlich des zu vereinbarenden Teuerungszuschlages für das letzte Monatsdrittel.

Die Funktionäre befanden nach Bekanntgabe des Spruches ihre Entrüstung und beschloßen mit erheblicher Mehrheit, von einer Diszussion abzugehen und heute früh in den Streik zu treten.

Die Rückwirkung auf die Metallarbeiterschaft.
Die Drohung der Metallindustriellen, bei Arbeitseinstellung der Angestellten die Betriebe zu schließen und die Arbeiter auszusperren, ist bereits in verschiedenen Betrieben verwirklicht worden. Etwa 60.000 bis 70.000 Metallarbeiter sind bis jetzt ausgesperrt. Eine genaue Zählung der Zahl der Aussperrten war noch nicht möglich, zumal die Aussperrungsaktion weiter um sich zu greifen droht.

Der Angestelltenstreik macht sich aber auch für die beschäftigten Metallarbeiter unliebsam bemerkbar, und zwar insbesondere bei der Lohnzahlung. Da diese zunächst nicht möglich ist, fordern die Arbeiter einen Vorschuß von einer Million Mark und evtl. weitere Vorschüsse in runder Summe. Bei längerer Streikdauer wird empfohlen, die Lohnzahlung den Betriebsräten für die Dauer des Streiks zu übertragen.

Zu den Metallarbeiter-Verbandstagswahlen.
Dem SPD-Dienst entnehmen wir folgende Darlegung: Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind nicht nur von der organisierten Arbeiterschaft, sondern von breiten bürgerlichen Schichten mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Das Interesse der letzteren wurde nun freilich mehr von politischen Erwägungen geboren. Sie sehen auch in dieser gewerkschaftlichen Wahl das Ringen zweier politischer Parteien, und an dem Stimmresultat messen sie deren Stärke. Die gleichen Erwägungen sind bei den Kommunisten zu finden. Für sie handelt es sich bei jeder Wahl um ihre Parteisache. Ihre Presse hat sich eifrig bemüht, diese Wahl als einen Sieg Mastaus zu feiern. Um ihn glaubhaft zu machen, hat sie tagtäglich aus Teilsberichten und kleinen Orten fragwürdige Berichte über kommunistische Mehrheiten gebracht, so daß der weniger Kundige zu der Meinung kommen konnte, der Kaffee-Verbandstag der Metallarbeiter weise fast nur Mastowiten auf. Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß alleseitig der Wunsch nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses gestiftet wird. Dies eher zu erfüllen, verhindert die zeitliche Ungleichmäßigkeit der Wahlen, wozu noch bei den zusammengewürfelten Wahlkreisen technische Schwierigkeiten kommen. Immerhin ist heute die überwältigende Mehrheit der Wahlergebnisse bekannt, so daß sich ein zuverlässiges Urteil über die Zusammenfassung des Verbandstages abgeben läßt.

Der Verbandstag zählt 402 Delegierte; über 308 ist die Entscheidung bekannt. Die noch ausstehenden 13 Mandate, worunter sich die drei von Duisburg befinden, wo die Wahl von den Franzosen unterzogen ist, können an der verhältnismäßigen Stärke der beiden Richtungen nichts ändern. Von den 308 Delegierten gehören 247 der Amsterdamer Richtung an, 142 sind auf kommunistischen Listen gewählt. Ob die letzteren sämtlich als Mastowiten anzusprechen sind, muß der Verbandstag lehren, da sich unter ihnen etwa 20 Mann befinden, die sich zur Gruppe Ledebour bekennen. Angenommen, sie würden mit den anderen Kommunisten eine Handelsgemeinschaft bilden, dann würde der Verbandstag zu 63 Proz. von Amsterdamer Gewerkschaftlern und zu 37 Proz. aus Kommunisten bestehen.

Wie man sieht, rechtfertigt dieses Ergebnis die lauten Jubelstöße der Kommunisten nicht. Sie haben auf nichts weniger als auf die Mehrheit der Delegierten gerechnet. Zu diesem Zweck wurde der ganze Parteiapparat in Bewegung gesetzt, das Geld schickweise ausgemorren, um die sozialdemokratischen Verbandsfolger zu verleumden. Die Berge Flugblätter und die Tausende von Riesenplakaten haben Milliarden erfordern. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Kommunisten seit der letzten Wahl die Zahl ihrer Delegierten vermehrt haben. In welchem Maße, ist allerdings schwer festzustellen, weil beim letzten Verbandstag es noch drei Richtungen gab und heute ein Teil der damaligen unabhängigen kommunistischen Listen gewählt hat. Die größten Fortschritte können die Kommunisten in den Bezirken verzeichnen, wo sich die Gewerkschaftsbewegung erst nach dem Kriege entwickelte, so im Rheinland, in Mitteldeutschland usw. Insbesondere kam der kommunistischen Agitation auch die jetzige wirtschaftliche Lage, die Teuerung und verzweifelte Unzufriedenheit der antilichen Stellen vorzüglich zustatten. Trotz der günstigen Umstände hätte sich die kommunistische Stimmenzahl nicht in einem Mandatengewinn ausdrücken können, wenn die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder zahlreicher zur Wahl erschienen wären. Die Kommunisten brachten den letzten Mann an die Urne, die Sozialdemokraten blieben in beträchtlicher Stärke, aus Gleichgültigkeit oder Verdrossenheit, dabei. Hierin Abhilfe zu schaffen, ist dringende Pflicht aller Genossen.

Landwirtschaft und Schweizerlöhne.

Drei Monate bereits wird mit dem Märkischen Verband ländlicher Arbeiter über Schweizerlöhne und Schweizerlöhne verhandelt. Die Bemühungen von Arbeitnehmerseite, durch Verhandlungen zu einem annehmbaren Resultat zu gelangen, müssen angesichts dieser langen Zeit als verfehlt betrachtet werden. Jede, auch noch so beschiedene Forderung ist für die „notleidenden“ Agrarier undiskutabel oder ihr Angebot so niedrig, daß es als hohe empfinden werden muß. Bezeichnend ist die Erklärung des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes, daß die Arbeitgeber zu einer Einigungsverhandlung vor dem Demobilmachungskommissar auf Antrag der Arbeitnehmer nicht erscheinen werden. Mit anderen Worten, es soll den Stallschweizern der Kampf aufgezwungen werden.

Dah es angesichts der Hungerlöhne und der Provoktion der Arbeitgeber zu ersten Konflikten noch nicht gekommen ist, ist nur den Organisationsführern, welche den letzten Weg der Verständigung gehen wollen, zu verbieten. Die Stimmung der Stallschweizer ist aber bedenklich zugespitzt. Kommt es zum Kampf, dann fällt die Verantwortung auf jene, die jede Möglichkeit zur Verständigung sabotieren. Was in der heutigen Ernährungsfrage ein Streik der Stallschweizer bedeutet, scheint den Herren Agrariern gleichgültig zu sein. Die Oeffentlichkeit soll aber wissen, daß dann, wenn zu allem Mangel auch die Milch verschwunden ist, nicht die Stallschweizer die Schuldigen sind, sondern die Landwirte.

Die Gewerkschaften und Mussolini.

Zu der Meldung der „Europa-Presse“, die wir in Nummer 350 des „Vorwärts“ brachten, wird uns mitgeteilt, daß diese Notiz geeignet ist, außerhalb Italiens erhebliche Mißverständnisse hervorzurufen. In Italien existiert seit der unglücklichen Abstimmungsaktion der Maximalisten in den letzten Jahren eine — sehr wenig verbreitete — Strömung zur Gründung einer

Arbeiterpartei nach englischem Muster. Dieser Richtung, Faburismus genannt, stehen die maßgebenden Gewerkschaften zum größten Teil fern. Auch die Anhänger dieser Richtung haben ebenso wenig wie die verantwortlichen Führer der freien Gewerkschaften die mindeste Absicht, in die faschistische Richtung einzutreten, abgesehen davon, daß die in Frage kommenden Genossen Mitglieder der sozialistischen Parteien sind und ihrer Parteizugehörigkeit unterliegen.

Die Gerüchte sind auf eine Erklärung D'Arzonas zurückzuführen, die dieser vor der Abstimmung über die Wahlrechtsreform abgab. Diese Erklärung diente lediglich einer Präzisierung des Aufgabentrelles des Gewerkschaftsbundes, in dem die Ansicht vorherrschte, daß die Mitarbeit der Gewerkschaften in den projektirten staatlichen arbeitsrechtlichen Körperschaften nicht einzuwilligen und andererseits die Stellung zur Unterdrückung des freien Wahlrechts den politischen Arbeiterparteien zu überlassen sei.

Die Gewerkschaften gehen dabei von dem Standpunkt aus, den Faschismus und insbesondere die faschistischen Korporationen dort zu bekämpfen, wo sie ihnen durch Sachkenntnis und ihre theoretische Einstellung überlegen sind. Der Illusion, daß eine „Regierung“ Mussolinis in den Fesseln der Arbeits- und Vertragsfreiheit die Banden in der Provinz zur Einstellung ihrer „Tätigkeit“ veranlassen wird, liegt den italienischen Genossen sehr fern. Nichtsdestoweniger glauben sie, von dem Ministerpräsidenten die Gewährleistung der verfassungsmäßigen Freiheit fordern zu müssen.

Internationaler Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter.

Der Sekretär der Internationalen Vereinigung hat auf Beschluß des Zentralkomitees den nächsten Internationalen Kongreß zum 16. September nach Dresden ins Volkshaus einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat von Roux-Paris über den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag.

Der Arbeiterrat der Staatstheater sandte uns einen Bericht über Differenzen des technischen Personals wegen verweigerter Katenzahlung des Gehalts, mit dem Ersuchen, den Bericht „Sonntag früh“ zu veröffentlichen. Der gleiche Bericht ist bereits in der Sonnabend-Morgenausgabe der „Roten Fahne“ enthalten. Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt, bis auf den einen Punkt, ob der Arbeiterrat selber die vorherige Veröffentlichung in der „Roten Fahne“ veranlaßt hat oder nicht.

IFA-Betriebs- und Angestelltenräte! Nach erfolgter Reumacht müssen uns wie bisher sofort die entsprechenden Meldungen gemacht werden, damit die neuen Ausweise ausgestellt bzw. die alten Ausweise entsprechend geändert werden können. Zu den kommenden Veranstaltungen, gleichviel welcher Art, haben nur die IFA-Betriebs- und Angestelltenratsmitglieder Zutritt, die im Besß gültiger Ausweise sind. Diese Ausweise müssen den Jahresstempel 1923 tragen.
IFA-Bund, Ortsstelle Berlin.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Beamtentagung in Nürnberg.

Der Parteivorstand beruft in Einvernehmen mit der freien Beamtenschaft Bayerns für den 11. und 12. August eine Beamtentagung nach Nürnberg ein. Zweck und Ziel dieser Konferenz ist, der breitesten Oeffentlichkeit vor Augen zu führen, daß ungeachtet des unerträglich gewordenen Terrors einer extrem-reaktionär eingestellten Verwaltungselite ein nicht unbeträchtlicher Teil der Reichs-, Landes- und Kommunalbeamtenschaft und deren Anwärter sich zum Programm der deutschen Sozialdemokratie und zur republikanischen Staatsform bekennen. „Solidarität und Kampfgemeinschaft mit dem handarbeitenden Proletariat“ lautet heute die Parole der bayerischen Beamtengenossen, die sie auch anlässlich der Augusttagung mit ihren jugendlichen Arbeitsbrüdern und -schwestern aus dem Reich (Reichs-Arbeiterjugendtag) in den Räumen der fränkischen Arbeitermetropole zusammenführen.

Das Tagungsprogramm sieht für den 11. August einen Empfangsabend im Beherberghaus, für den Vormittag des 12. August (Stadtparlaal), Referate der Genossen Rohhaupter, München und Falkenberg, Berlin, vor. Die Nürnberger Tagung soll auch einen weiteren organisatorischen Zusammenschluß der bayerischen Beamtengenossen in politisch schlagfertige Arbeitsgemeinschaften in die Wege leiten. Die außerbayerischen Beamtengenossen, die Interesse an der Tagung haben und die vielleicht der Urlaub über Nürnberg führt, sind zu regier Beteiligung freundlichst eingeladen. Anmeldung zu Freiquartieren erbeten an das Parteibureau der SPD, Breitegasse, Nürnberg.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Ostermann, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ostera, Berlin; Propaganda: A. S. Döber, Wilmersdorf; Postales und Sonstiges: Walter Kröner, Berlin; Anzeigen: H. Glade, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin N 54, Luisenstraße 83/85
Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 533 bis 534
und 6092 bis 6393.

Auto-Reparaturbetriebe!
Freie Dienst, abends 7 Uhr, bei Pöwels, Sohostr. 7

Konferenz aller Vertrauensleute und Betriebsräte der Motorparaturbetriebe Groß-Berlin
Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen mit der Arbeitgeberseite.
Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin - Stoglitz.
Defaunmachung.
In Gemäßheit der Beschlüsse vom 31. Juli 1923 werden die mit der Defaunmachung vom 31. Juli d. J. mitgeteilten Grundbüchlein mit Wirkung vom 6. August d. J. wie folgt geändert:

Zeichn.	Tagesentgelt	Grundlohn	Beitr.
I. Beihilge ohne Entgelt	12000	1200	...
A.	24000	1800	...
II. B.	48000	3600	...
III.	72000	5400	...
IV.	96000	7200	...
V.	120000	9000	...
VI.	144000	10800	...
VII.	168000	12600	...
VIII.	192000	14400	...
IX.	216000	16200	...
X.	240000	18000	...

TRAURINGE
In jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3222

Frauenhaar 100 Gramm
zählt Knappe, Britzer Straße 13 (Laden)

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Brach, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Weigtola-Haarlärbe-Haus
Neuestes Verfahren der Haar-Färbung und Haarschönheit durch Haarschönheitsmittel
ohne das Haar porös zu machen, mittels meines Haarschönheits-Apparates.
Jedes verfarbte oder verbleichte Haar erhält wieder sein natürl. Aussehen.
Separates Sprechzimmer.
W. Kottelbeckstr. 14.

TRAURINGE
In jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3222

Qualitätsware
Anzüge 2475
gut, modern gemacht, in Stoff u. besten bis zum höchsten, u.
5950 3850 2975
Gummi-Mäntel
nur la Marken, elegante Form
Mäntel 875
reelle Stoffe, neuere Form, vom vornehmsten bis z. einfachsten, u.
6750 4500 2475
Damen-Mäntel
vom feinsten Modell bis z. einfachsten
Hosen 575
Rommagen, Budfitt, schone Streifen, feste billige Arbeits-hosen, u.
1950 1250 975
Hleczewski
Wilmsdorfer Str. 127 Boxhagener Str. 47
am Bf. Charlottenbg., Ecke Schillerstr. am Bahnhof Stralau Rummelsburg
Kottbuser Str. 4 **Badstr. 16**
am Kottbuser Tor am Bahnhof Gesundbrunnen
Fahrgeldvergütung!

Gold-, Silber-, Platin-Brach Brillanten
Zahngebisse zahlt unüberbleibbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Zeitungs-papier
gebänd., kg 2000, 1000, 500, 250, 125
Sauer-Verlag
Neukölln, Berlin
Fliegelsch. Reinholden
Strasse: Str. 361.

Reste-Haus C. Pelz
Kottbuser Str. 3
Anzugstoffe
Kostumstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seldentstoffe
Mäntel, Kostüme
Höcke
2% Rabatt!

Restehandlg. Haarpuder
Goltzstr. 2
Sonderangebote u. Gelegenl. - Käufe in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Kästlerparfäden.
Spezial-Parfümvertrieb
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.
Quittungs-Marken
seit 45 Jahren Spezialist
Conrad Müller,
Schkneubühl - Leipzig.

Wanzen
Motten, Läuse
samt Brut kann
jed. Lale in 3 Std.
durch apparateses Linksoll selbst radikal
beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien.
Generalvertreterlager:
Friedrichstraße 24.

Wilst du preiswert Hoson kaufen, mußt du Rosen-Anders laufen.
A. Anders, Busseistr. 25